

Berlin, 5. Februar 2018
sö-ar



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

ver.di begrüßt Vorhaben der Koalitionäre zu Nahverkehrsfragen

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) begrüßt, dass die Koalitionspartner bei Vertragsvergaben im öffentlichen Nahverkehr die Sicherung von Arbeitsplätzen und Entlohnungsbedingungen auch bei eigenwirtschaftlichen Anträgen ermöglichen wollen.

5

„Damit besteht die Chance, Unterbietungswettbewerbe auf Kosten des Personals einzuschränken“, betont ver.di-Bundesvorstandmitglied **Christine Behle**. Damit könne für die rund 130.000 Beschäftigten im Nahverkehr in öffentlichen und privaten Unternehmen eine Beschäftigungsperspektive gesichert werden.

10

Hintergrund ist die aktuell anstehende Vergabewelle von Verkehrsaufträgen. Während Städte und Gemeinden nach europäischem Recht ihr eigenes Verkehrsunternehmen beauftragen sowie Sozial- und Qualitätsstandards vorgeben können, fährt ihnen das deutsche Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in die Parade. Sogenannte eigenwirtschaftliche Antragsteller erhalten vorrangig den Zuschlag, obwohl sie von der Einhaltung sozialer Vorgaben oder der Beschäftigtenübernahme freigestellt sind. Auch müssen nicht alle Qualitäts- und Umweltstandards eingehalten werden. Der Bundesrat hatte im Februar 2017 einen entsprechenden Änderungsantrag zum Personenbeförderungsgesetz beschlossen, der jedoch nicht mehr ins Gesetzgebungsverfahren einging.

15

20

Durch europäisches Recht müssen Aufträge im öffentlichen Nahverkehr alle 8 bis 10 Jahre im Wettbewerb neu vergeben werden. Kommunen können dabei Vorgaben zur Qualität und zu Arbeitsbedingungen machen. Durch die Regelungen des deutschen Personenbeförderungsgesetzes, dass eigenwirtschaftliche Anträge diese Vorgaben nicht einhalten müssen, haben beispielsweise 230 Beschäftigte in Pforzheim ihren Arbeitsplatz verloren und die Stadt musste ihr Verkehrsunternehmen nach über Hundertjähriger Existenz aufgeben. In weiteren Städten sind Klagen anhängig, unter anderem in Oldenburg, Saarlouis, Gießen und Kiel.

25

30

"In diesem Jahr werden die meisten Aufträge im Nahverkehr neu vergeben. Nun muss schnell eine Gesetzesänderung erfolgen, um die Gefahr des Sozialdumpings abzuwehren und damit öffentliche wie private Unternehmen mit langjährigen Beschäftigten eine Chance im Wettbewerb haben," fordert Behle.

35

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Martina Sönnichsen
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de